https://www.fr.de/politik/aktuell-news-erdogan-usa-drohung-kampfjets-nato-tuerkei-lieferung-krieg-buendniss-92062212.html 4.2.2023

Erdogan droht den USA – „werdet Preis bezahlen"

Ärger in der Nato: Erdogan wirft den USA vor, ihre Versprechen beim Thema Kampfjets gegenüber der Türkei nicht einzulösen. Jetzt droht der türkische Präsident mit neuen Bündnissen.

Bilecik – In einer Rede hat Recep Tayyip Erdogan den USA unverhohlen gedroht. Sollte der Nato-Partner seine Versprechen nicht einlösen, werde er „den Preis dafür zahlen müssen". Laut dem Staatspräsidenten hat die Türkei 1,4 Milliarden US-Dollar für Kampfjets des Typs F35 gezahlt, diese aber nie erhalten. „Nun wollen wir F16-Kampfjets kaufen, aber Ihr gebt sie uns nicht. Dasselbe habt ihr bei den F35 gemacht", so Erdogan. „Wir als muslimische Türken halten unser Versprechen und das erwarten wir auch von Euch."

Die Drohung in Richtung der USA sprach Erdogan auf einer Veranstaltung in der türkischen Stadt Bilecik aus, die unter dem Namen „Treffen mit jungen Menschen" lief. Motto der Veranstaltung war: „Unsere Wurzel sind in der Vergangenheit, unsere Augen in der Zukunft" – wohl eine Anspielung auf die Geschichte des Osmanischen Reiches.

Kampfjets für die Türkei: Recep Tayyip Erdogan droht den USA mit neuem Bündnis

In seiner Rede drohte Erdogan den USA mit weitreichenden Konsequenzen, sollten sie ihre Versprechungen gegenüber der Türkei nicht einhalten. Seine Regierung sei bereit, andere Bündnispartner für die Türkei zu suchen. Fündig könnte man bei den internationalen Feinden der USA werden. „Wir haben ihnen gesagt, dass wir mit Dreiergespräche planen, mit Russland, Syrien und der Türkei. Wir können auch den Iran dazunehmen. Lasst uns auch den Iran integrieren", so Erdogan zum Saal, der vor allem mit jungen Türkinnen und Türken gefüllt zu sein schien.

Sein Land sei in der Lage, in solchen Gesprächen auch einen Waffenstillstand im Ukraine-Krieg zu erreichen. Die Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine sind zum Erliegen gekommen. Vermittlungsversuche der Türkei waren in der Vergangenheit immer wieder gescheitert. ……

In der Türkei befinden sich Erdogan und seine AKP mitten im Wahlkampf. Die Türkei-Wahl wurde vorverlegt. Termin ist nun der 14. Mai 2023. Laut Umfragen droht der Regierung Erdogans die Abwahl. Das gilt es für den Präsidenten zu verhindern - und dafür ist sich Erdogan offenbar auch nicht zu schade, markige Ansagen an den eigentlichen Bündnispartner USA zu richten. (dil)

https://jungefreiheit.de/kultur/gesellschaft/2023/wdr-gendert-nicht-mehr/
7.2.2023

WDR rudert beim Gendern zurück

KÖLN. Der WDR hat angekündigt, künftig auf das sogenannte Gendersternchen in gesprochener und schriftlicher Form zu verzichten. „Sprache ist schon etwas sehr Persönliches und deshalb wollen wir sprechen wie unser Publikum", sagte WDR-Programmdirektor Jörg Schönenborn am Montag.

Wenn eine bestimmte Form der Sprache abgelehnt werde, dann empfehle er seinen Kollegen: „Laßt es, und wählt stattdessen etwas allgemein gebräuchliches". Bei Rundfunkangeboten für eine jüngere Zielgruppen könne es allerdings Ausnahmen geben.

Fast zwei Drittel der Deutschen finden Gendern unwichtig

Zuvor hatte der WDR eine Meinungsumfrage beim Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap zum Thema „Gendern" in Auftrag gegeben, aus der hervorging, daß für eine Mehrheit der Deutschen das Gendern keine Rolle spiele. „Für fast zwei Drittel der Menschen spielt gendergerechte Sprache danach kaum oder gar keine Rolle, das sind etwas mehr als vor zwei Jahren", teilten die Meinungsforscher mit.

Während etwa 41 Prozent der Befragten angaben, ihnen sei das Thema „gar nicht wichtig", sagten 21 Prozent, sie fänden es „weniger wichtig". Nur 16 Prozent teilten auf der anderen Seite mit, daß ihnen die Gendersprache „sehr wichtig" sei.

Der Verein Deutsche Sprache, der sich für den Erhalt des Deutschen als Kultursprache einsetzt, forderte den Öffentlich-Rechtlichen mit Blick auf die Umfrage zu einer anderen Sprachpolitik auf. „Der ÖRR wäre gut beraten, wenn er das auch umsetzt und die Sprache seiner Hörer und Zuschauer nutzt." ……..

https://reitschuster.de/post/die-philippinischen-behoerden-wurden-getaeuscht/ 7.2.2023

„Die philippinischen Behörden wurden getäuscht" Janich-Anwalt spricht Tacheles und erhebt Einspruch

Am 20. Januar wurde Oliver Janich nach mehr als fünf Monaten in einem

philippinischen Gefängnis aus der Haft entlassen (reitschuster.de berichtete). Die Freilassung wurde erreicht, weil die Falschbehauptungen deutscher Behörden, Janich sei auf der Flucht und es laufe ein Passentziehungsverfahren gegen ihn, widerlegt werden konnten.

„Während seiner Gefangenschaft wurde er im November 2022 vom Amtsgericht München im Strafbefehlsverfahren abgeurteilt, ohne dass er die Möglichkeit gehabt hatte, sich mit den gegen ihn erhobenen Anschuldigungen richtig auseinanderzusetzen, geschweige denn sich dagegen verteidigen zu können", rügt sein Anwalt Markus Haintz. Janich hat ihn daher darum gebeten, seinen Einspruch und seinen hilfsweisen Wiedereinsetzungsantrag gegen den Strafbefehl öffentlich zu machen.

Der Schriftsatz zeigt, wie das Bundeskriminalamt wahrheitswidrige Informationen an die philippinischen Behörden verbreitete. So gab die Staatsanwaltschaft München I nach außen gegenüber den philippinischen Behörden bekannt bzw. ließ bekannt geben, dass die Voraussetzungen für ein Passentziehungsverfahren nach §§ 7,8 PassG vorgelegen hätten und

ein entsprechendes Passentziehungsverfahren durch die Deutsche Botschaft eingeleitet worden sei.

Falsche Angaben deutscher Behörden

Richtig ist indes laut Janich-Anwalt Haintz, dass die Staatsanwaltschaft München I die deutsche Botschaft in Manila zur Durchführung eines Passentziehungsverfahrens ersuchte, dies aber gar nicht eingeleitet wurde. Gleichwohl wurden die Ausführungen der deutschen Staatsanwaltschaft von philippinischen Gerichten als „wahr und gegeben" unterstellt und vom Regional Trial Court von Taguig City zusammengefasst als Entscheidungsgrundlage genommen.

Laut Schriftsatz folgt daraus zwingend, „dass falsche (bestenfalls unterstellt ‚übereilte') Angaben deutscher Behörden (vermutlich des BKA, möglicherweise im Auftrag, aufgrund vorliegender Aktenvermerke jedenfalls in Abstimmung mit der Staatsanwaltschaft) hier nicht nur dazu beitrugen, sondern dafür Sorge getragen haben, dass der Angeklagte auf den Philippinen als ‚Verbrecher' angesehen (und entsprechend behandelt) wurde". Dies ergebe sich aber nicht aus dem Urteil.

Besonders kritisch: Die Staatsanwaltschaft München I wusste zwar, dass ein Passentzugsverfahren (noch) nicht eingeleitet wurde. Es wurde nämlich erst am 27.06.2022 kompetenzwidrig angeregt. Dennoch nahm sie dies laut Schriftsatz billigend in Kauf und nutzte dies, um einen Strafbefehl gegen Janich anzubringen, ohne dass er sich dagegen verteidigen konnte.

Zudem gab die Generalstaatsanwaltschaft an, dass der Aufenthalt des Beschuldigten nicht bekannt und nicht ermittelbar sei. Dabei wusste der Verbindungsmann des BKA laut Haintz „genau, wo sich der Angeklagte aufgehalten hat". Das Resort des Angeklagten sei überdies ohne Weiteres mit einfacher Google-Suche im Internet zu finden. Wäre der Angeklagte – wie von den Münchener Behörden behauptet – wirklich „flüchtig" gewesen, hätte man ihn aber nicht unter seiner Anschrift festnehmen können.

»Der Verdacht liegt nahe, dass ein politisches Exempel statuiert werden sollte« ……..

https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/faeser-spitzenkandidatur-103.html 2-2-2023

Faeser kündigt Spitzenkandidatur an

……..Seit Tagen war darüber spekuliert worden, jetzt hat Bundesinnenministerin Nancy Faeser selbst erklärt, als SPD-Spitzenkandidatin für die Hessische Landtagswahl am 8. Oktober antreten zu wollen. "Ja, ich kandidiere", schrieb sie in einem Brief an ihre Mitarbeitenden, der auch dem ARD-Hauptstadtstudio vorliegt.

"Ich bin die erste Frau an der Spitze des Bundesinnenministeriums - und ich möchte die erste Ministerpräsidentin in Hessen sein. Ich trete an, um zu gewinnen", so Faeser.

Das Amt als Bundesinnenministerin, wolle sie zunächst behalten. "Diese Verantwortung gebietet es mir, meine Aufgaben auch weiterhin ebenso klar und ernsthaft zu erfüllen wie bisher. Ich werde mein Amt auch weiterhin mit voller Kraft und Leidenschaft ausfüllen", schrieb sie weiter.

Der Kritik an einer möglichen Doppelrolle, setzte sie im "Spiegel" entgegen: "Ich halte es in einer Demokratie für eine Selbstverständlichkeit, dass man aus einem Amt heraus für Wahlen kandidieren kann. Das machen schließlich die Ministerpräsidenten auch, die sich dieses Jahr zur Wahl stellen, auch jene von CDU und CSU in Bayern und Hessen", sagte Faeser.

Im Falle einer Wahlniederlage wolle sie nicht in die Opposition gehen, sondern weiter als Bundesinnenministerin in Berlin arbeiten. "Ich bewerbe mich bei den Hessinnen und Hessen um das Amt der Ministerpräsidentin. Ich möchte gestalten, ich möchte Verantwortung tragen. Oppositionsführerin war ich schon", sagte Faeser dem "Spiegel" weiter.

"Wenn die Wählerinnen und Wähler sich anders entscheiden, werde ich weiterhin als Bundesinnenministerin meiner Verantwortung gerecht werden."

Beide Aufgaben - hessische Ministerpräsidentin und Bundesinnenministerin - bezeichnete Faeser als "Herzensangelegenheiten". Die SPD-Politikerin verneinte die Frage, ob es bereits zu ihrem Amtsantritt als Bundesinnenministerin klar gewesen sei, dass sie in Hessen kandidieren werde - und ob der Posten im Bundeskabinett nur ein Sprungbrett sei. "Olaf Scholz hat mich als Innenpolitikerin kennengelernt, da war er selbst Innensenator in Hamburg. In der Innenpolitik ticken wir sehr ähnlich", so die 52-Jährige.

https://pleiteticker.de/exklusiv-fast-jede-zweite-faeser-dienstreise-fuehrte-nach-hessen/ 7.2.2023

Exklusiv: Fast jede zweite Faeser-Dienstreise führte nach Hessen

…….

Was hatte Faeser also zu verbergen?

Insgesamt liegen uns nun alle 50 öffentlichen, nicht unter Geheimhaltung fallende, Dienstreisen vor. Von diesen 50 Dienstreisen von Nancy Faeser gingen 21 nach Hessen und 29 in alle anderen Bundesländer zusammen. Hessen ist damit deutlich überrepräsentiert: Die hessische Heimat von Frau Faeser ist, gemessen an der Bevölkerungszahl, mit 21 Dienstreisen fünffach überrepräsentiert. ……..

Faeser war 21 Mal in Hessen – aber nicht ein einziges Mal in Bremen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und dem Saarland.

Das BMI gab vor Gericht nur 33 Dienstreisen heraus

Um an die zuvor genannten Informationen zu gelangen, mussten wir gerichtlich gegen das BMI vorgehen. Wir stellten deshalb einen Antrag auf einstweilige Anordnung(Eilantrag) beim Berliner Verwaltungsgericht. Das BMI nahm zu dem Antrag vor Gericht Stellung und händigte uns darin eine

Liste mit insgesamt 33 Dienstreisen aus – genau hieß es: „Die Antragsgegnerin übermittelt in Anlage 2 eine Liste von Dienstreisen der Ministerin, soweit nicht Sicherheitsaspekte einer Auskunft entgegenstehen. Sie hält damit das Rechtsschutzbegehren der Antragstellerin für erledigt.” ……

Nach einer kurzen Recherche in den sozialen Medien zeigte sich, dass es noch 16 weitere öffentliche Dienstreisen gab – die allesamt von der Innenministerin persönlich oder dem BMI auf Facebook, Twitter oder Instagram veröffentlicht wurden. ……

Stefan Müller, Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Bundestag: „Frau Faeser ist offenbar schon länger keine Vollzeitministerin mehr: Seit Monaten macht sie Wahlkampf in Hessen und verliert unser Land dabei aus den Augen. Die Kommunen können die immer weiter steigende Migration nicht mehr bewältigen. Während Frau Faeser also munter in Hessen Wahlkampf macht, steht bis heute nicht fest, wann und wie ein Migrationsgipfel stattfinden soll. Als Teilzeitministerin wird Nancy Faeser zum Sicherheitsrisiko für Deutschland.“……

https://t.me/silberjungethorstenschulte/3025 5.2.2023 Video

❗Kulissenriss durch Generalstabsoberst Österreichs! ❗

Markus Reisner, Oberst des Generalstabs:

Ab 1:16:54:

"Sie brauchen keine NATO-Soldaten in die Ukraine schicken. Ich ziehe meine Uniform aus, unterschreibe einen Vertrag und gehe in die Ukraine. Ich bin kein Angehöriger der österreichischen Streitkräfte mehr, sondern Vertragsbediensteter. Das ist die Lösung, die wir sehen. ... Was man daraus schließen kann, dass eine hohe Anzahl ausländischer Söldner sich in der Ukraine befindet, aber nicht von NATO-Soldaten."

Sehr wichtig auch die Ausführungen zur strategischen Ebene bei 17:25!

Das gesamte Video hier:

https://youtu.be/wSGwroV8W6g 26.1.2023

Der Ukrainekrieg und die neue globale Machtstruktur

https://pleiteticker.de/spd-schlaegt-impfpflicht-verfechter-als-neuen-bundesverfassungsrichter-vor/ 6.2.2023

SPD schlägt Impfpflicht-Verfechter als Richter am Bundesverfassungsgericht vor

…….Die SPD-geführten Bundesländer haben Lars Brocker für das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) vorgeschlagen. Am 10. Februar wird der Bundesrat über den Vorschlag abstimmen. Der Jurist hat vor weniger als einem Jahr noch öffentlich für die Einführung einer allgemeinen Corona-Impfpflicht argumentiert.

Freiheitsrechte ja – aber…

Unter der Überschrift „Solidarität als Staatsaufgabe" hatte Brocker im April 2022 in einem Gastbeitrag für die Frankfurter Allgemeinen Zeitung eine allgemeine Impfpflicht gefordert. Ob ein solcher „Impfzwang" von Artikel 2 des Grundgesetzes („körperliche Unversehrtheit") gedeckt wird, wurde selbst zu Hochzeiten der Pandemie unter Juristen kontrovers diskutiert.

Brocker argumentierte damals, die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht gehöre angesichts bedrohlicher Infektionsprognosen zu den „Handlungspflichten" des Staates. Zwar seien individuelle Freiheitsrechte zu beachten, jedoch sei das Grundgesetz nicht auf „Egoismus und Selbstsucht angelegt", so der Jurist in der FAZ. Einige namhafte Kollegen sahen das anders. ……

Derzeit ist Lars Brocker noch Präsident des Verfassungsgerichtshofs (VerfGH) von Rheinland-Pfalz sowie der Präsident des Oberverwaltungsgerichts (OVG). Am BVerfG würde er Gabriele Britz ablösen – ihre Amtszeit endete nach zwölf Jahren am 1. Februar.

Seine Karriere begann Lars Brocker als Mitarbeiter im wissenschaftlichen Dienst des Mainzer Landtags. Anschließend wurde er der Justiziar der SPD-Landtagsfraktion und später der Direktor des Landtags in Rheinland-Pfalz. Zum Präsidenten des VerfGH und OVG in Rheinland-Pfalz wurde er 2012 berufen.

Brockers Schwerpunkt ist Parlamentsrecht, dazu hat er bereits mehrere wissenschaftliche Arbeiten veröffentlicht. In einem Grundgesetz-Kommentar von Epping/Hillgruber befasst er sich unter anderem mit dem Petitionsrecht sowie Untersuchungsausschüssen.

https://www.welt.de/politik/deutschland/article243606831/Umweltbundesamt-Chef-fordert-neues-Steuersystem-Was-Klima-und-Gesundheit-schaedigt-sollten-wir-belasten.html 5.2.2023

Neues Steuersystem? „Was Klima und Gesundheit schädigt, sollten wir belasten"

Um den Klimaschutz zu stärken, fordert Dirk Messner, Präsident des Umweltbundesamtes, einen Umbau des Steuersystems. Die Mehrwertsteuer auf pflanzliche Lebensmittel solle abgeschafft werden, genau wie auf Dienstleistungen wie Modernisierungen von Heizungsanlagen.

Der Präsident des Umweltbundesamtes, Dirk Messner, spricht sich für ein neues Steuersystem aus, das den Klimaschutz voranbringen soll. „Was klimapolitisch sinnvoll ist, sollten wir bei den Steuern entlasten, und was Klima und Gesundheit schädigt, sollten wir belasten", sagte Messner am Wochenende im „Interview der Woche" des Senders BR24.

Konkret forderte Messner, die Mehrwertsteuer auf pflanzliche Lebensmittel abzuschaffen, um den Verzehr von Obst, Gemüse und Hülsenfrüchten gegenüber der Tierhaltung und Fleischproduktion zu fördern. Die Tierhaltung macht laut Messner 70 Prozent der Treibhausgasemissionen in der Landwirtschaft aus.

Auch für andere Produkte und Dienstleistungen, die klimapolitisch sinnvoll seien, sollten die Steuern gesenkt werden, etwa im Handwerk. „Das können zum Beispiel Reparaturen oder Modernisierungen von Heizungsanlagen sein", erläuterte Messner.

Mit Blick auf die deutsche Klimabilanz des vergangenen Jahres räumte Messner ein, dass es wegen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und seiner Folgen schwierig gewesen sei, die Klimaziele zu erreichen.

Unter anderem hätten wieder Kohlekraftwerke an den Start gebracht werden müssen, um russisches Gas bei der Stromversorgung zu ersetzen. Das Drosseln von CO2-Emissionen sei plötzlich zweitrangig gewesen. Jetzt müsse Deutschland aber mit großem Schwung in eine klimagerechte Modernisierungsoffensive gehen.

https://www.br.de/nachrichten/bayern/stadt-nuernberg-sagt-auftritt-von-daniele-ganser-ab,TV5aLd7 6.2.2023

Stadt Nürnberg sagt Auftritt von Daniele Ganser ab

Der Schweizer Historiker Daniele Ganser gilt als Verbreiter von Verschwörungstheorien. Am 10. Mai hätte er in der Meistersingerhalle auftreten sollen – das sorgte für viel Kritik. Nun hat die Stadt Nürnberg die Reißleine gezogen.

Der umstrittene Schweizer Historiker und Publizist Daniele Ganser darf im Mai doch nicht in der Nürnberger Meistersingerhalle auftreten. Wie der Sprecher der Stadt, Andreas Franke, sagte, hat Oberbürgermeister Marcus König (CSU) entschieden, dass der Vertrag mit der Agentur von Daniele Ganser gekündigt wird. Ob rechtliche Schritte seitens der Agentur oder von Ganser zu erwarten sind, dazu könne er nichts sagen. Es sei eine klare Ansage der Stadt, dass man sich nicht gemein mache mit Verschwörungstheorien.

Ganser soll Verschwörungen verbreiten

Ganser wird vorgeworfen, geopolitische Verschwörungstheorien zu verbreiten. Unter anderem soll er hinter dem Terroranschlag vom 11. September die USA selbst als Drahtzieher vermuten. Am 10. Mai 2023 wollte er in der Nürnberger Meistersingerhalle einen Vortrag mit dem Titel "Warum ist der Ukraine-Krieg ausgebrochen?" halten.

Antisemitimusbeauftragter Spaenle: Ganser "ist ein Agitator"

Daran gab es viel Kritik, unter anderem vom Bayerischen Antisemitismusbeauftragten Ludwig Spaenle (CSU), der dem BR sagte: "Herr Ganser nennt sich Publizist und Historiker, aber er ist ein Agitator, der im Dunstfeld der gängigen Verschwörungstheorien agiert, im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg eine einseitige Russland-blinde Form der Argumentation findet und sich in rechtslastigen bis rechtsextremen Kreisen bewegt".

Positive Reaktionen zur Absage

Die Absage wurde von verschiedenen Seiten begrüßt. Stephan Doll, Vorsitzender der Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion, sagte, das sei das richtige Signal für die Demokratie und die Menschenrechte.

Auch der Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg, Jo-Achim Hamburger sagte, er sei positiv überrascht, dass dies rechtlich möglich sei. Der Ort, die Meistersingerhalle und deren Nähe zum ehemaligen NS-Reichsparteitagsgelände habe sicherlich dazu beigetragen, dass die Stadt gesagt habe, ein solcher Auftritt sei ein "No-Go" in Nürnberg. …….

https://www.bild.de/politik/ausland/politik-ausland/fluechtlings-politik-erster-eu-regierungschef-fordert-mauer-um-europa-82834302.bild.html
8.2.2023

Erster EU-Regierungschef fordert Zaun um Europa

Österreichs Kanzler Karl Nehammer (50, ÖVP) fordert den Knallhart-Schutz der EU-Außengrenzen gegen illegale Migration!

Nehammer zu BILD: „Physische Infrastruktur und Barrieren sind notwendig, um diese Außengrenzen zu schützen." Heißt: Zäune, Barrieren und was dazu gehört!

Damit ist Nehammer der erste Regierungschef aus der EU, der in der akuten Krise Mauern und Zäune um die EU fordert! Sein Ziel: die Reisefreiheit innerhalb der EU zu erhalten und keine neuen Grenzkontrollen einrichten müssen!

Europa befinde sich inmitten einer neuen Flüchtlingskrise, da müsse schnell und klar gehandelt werden, so Nehammer am Vortag des EU-Sonderrates zur Migrationspolitik am Donnerstag und Freitag in Brüssel.

Nehammer weiter: „Der Schutz der EU-Außengrenzen ist eine Notwendigkeit, kein Wunsch." Mit Blick auf den freien Reiseraum („Schengen") innerhalb Europas sagte er: „Wenn Europa seine Grenzen nicht schützen kann, dann führt sich der Schengen-Raum ad absurdum." Es könne „nicht sein, dass Migranten, die sichere Drittstaaten durchqueren, ungehindert EU-Außengrenzen überschreiten".

Für den Bau von Zäunen, Mauern und Ähnlichem brauche es „auch finanzielle Unterstützung durch die EU".

In Brüssel wollen sich die EU-Staatschefs am Donnerstag und Freitag auch mit der Migrations-Problematik befassen.

▶️ Grund: Längst ist die EU wieder im Krisenmodus. Besonders nach Deutschland kommen so viele Migranten wie seit 2015 nicht mehr: Im Jahr 2022 wurde die Obergrenze von 200 000 Asylanträgen klar gerissen. 244 132 Anträge wurden gestellt. Das waren 53 316 mehr als im Jahr zuvor (2021: 190 816) – ein Plus von einem Fünftel!